

II-3908 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 202413

1991-11-26

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Schmidt, Dipl.Ing.
Dr. Pawkowicz, Dr. Partik-Pablé, Motter, Mag. Praxmarer,
Haigermoser, Ing. Meischberger und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend kommunistische Umtriebe im "Dokumentationsarchiv
des österreichischen Widerstandes"

Das sogenannte "Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes" ("DÖW"), ein seit dem Jahre 1963 bestehender privater Verein, hat es sich zur Aufgabe gemacht, Dokumente und Zeugnisse über die Zeit der Okkupation Österreichs durch das sog. "Dritte Reich" zu sichten und zu sammeln. Die Bedeutung dieser privaten Einrichtung für die geschichtliche Aufarbeitung der Periode von 1938 bis 1945 ist deshalb so groß, da das Österreichische Staatsarchiv bei seiner archivarischen Tätigkeit die erwähnte geschichtliche Epoche praktisch ausklammert.

Die Arbeit des "DÖW" gerät in den letzten Jahren allerdings zusehends ins Zwielficht. Selbst Exponenten der Österreichischen Widerstandsbewegung bedauern, daß das "Dokumentationsarchiv", welches mit der Organisation des österreichischen Widerstandes nicht zu verwechseln ist, zu einem Instrument KPÖ-naher Kreise geworden ist.

Wie den Anfragestellern bekannt geworden ist, scheuen Funktionäre des "DÖW" beispielsweise nicht davor zurück, die Vorgänge rund um die Befreiung der Insassen des ehemaligen KZ Mauthausen zu verfälschen und die entsprechenden - und letztlich von Erfolg gekrönten - Bemühungen des früheren Vertreters des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Louis Haefliger, an der historischen Darstellung der Ereignisse zu negieren.

Nach Meinung Haefligers muß leider davon ausgegangen werden, daß dessen seinerzeitige Weigerung, sich nach dem Krieg der kommunistischen Bewegung anzuschließen, eine maßgebliche Rolle bei der vom "Dokumentationsarchiv" versuchten Leugnung historischer Fakten rund um die Befreiung der Mauthausener Lagerhäftlinge gespielt hat.

Zu unrühmlicher Bekanntheit sind auch die Versuche des "DÖW" gelangt, Mitglieder der Widerstandsbewegung durch gezielte Gerüchte zu diffamieren, so etwa dadurch, daß Funktionäre des Widerstandes als an Arisierungsmassnahmen beteiligt verunglimpft werden.

Die Österreichische Widerstandsbewegung sah sich daher kürzlich gezwungen, der Öffentlichkeit folgende Information zur Kenntnis zu bringen:

"Leider wird häufig zwischen der überparteilichen Österreichischen Widerstandsbewegung und dem kommunistisch dominierten «Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes» kein Unterschied gesehen. Die Österreichische Widerstandsbewegung sieht sich veranlaßt, dem in aller Öffentlichkeit entgegenzutreten.

Der Verein «Dokumentationsarchiv» lebt von Subventionen der öffentlichen Hand und behauptet, eine Aufgabe zu besorgen, die rechtens nur in den Kompetenzbereich der Republik Österreich gehören kann.

Je gründlicher auch auf diesem Gebiet mit den kommunistischen Umtrieben Schluß gemacht wird, desto besser für die öffentlichen Finanzen, das öffentliche Bewußtsein und die Aufarbeitung der Vergangenheit.

Es wäre im Interesse Österreichs, daß es über das «Dokumentationsarchiv» zu keiner internationalen Diskussion kommt, ehe in Österreich die entscheidenden Schritte getan sind."

Die Tätigkeit des "DÖW" ist - wie schon angedeutet - vor allem deshalb von öffentlichem Interesse, weil sich staatliche und halbstaatliche Stellen in Österreich mangels autorisierter inländischer Einrichtungen laufend an dieses Archiv wenden (müssen), um sich über die NS-Zeit zu informieren.

Darüber hinaus soll nicht verschwiegen bleiben, daß dem "DÖW" laufend öffentliche Mittel in Millionenhöhe zugeführt werden, so zuletzt erst vor wenigen Monaten, als die gleichnamige Stiftung des "Dokumentationsarchivs" mit 8 Millionen Schilling subventioniert wurde.

Aus diesen Gründen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

A n f r a g e :

1. Sind Sie über die Ziele und Aufgaben des "DÖW", über dessen Funktionäre sowie über die politische Arbeit dieses Vereins unterrichtet, und welche Position nehmen Sie dazu ein?
2. Ist Ihnen bekannt, daß sich namhafte Vertreter der österreichischen Widerstandsbewegung aus dem "DÖW" zurückgezogen haben oder eine Mitarbeit von vornherein abgelehnt haben, weil sie mit gewissen "volksdemokratischen" Tendenzen im "Dokumentationsarchiv" nicht in Verbindung gebracht werden wollten?
3. In welcher Höhe wurde das "DÖW" einschließlich dessen gleichnamige Stiftung seit dem Jahre 1963 von Ihrem Ressort subventioniert?

4. Wurden diese öffentlichen Mittel jeweils projektgebunden vergeben oder handelte es sich hierbei um sog. "Arbeits-subventionen" ohne Bezugnahme auf ein laufendes Projekt? (Bitte eine genaue Aufstellung anschließen!)
5. Empfinden Sie es als Manko, daß die Republik Österreich hinsichtlich der archivarischen Sammlung und Aufarbeitung der geschichtlichen Ereignisse der Jahre 1938 bis 1945 über kein staatliches Archiv verfügt, so daß öffentliche Institutionen genauso wie private Interessenten auf die archivarische Tätigkeit eines Vereins angewiesen sind?
6. Was spricht Ihrer Meinung nach dafür oder dagegen, eine Abteilung des Österreichischen Staatsarchivs mit der Bezeichnung "Archiv der Okkupation 1938 bis 1945" zu schaffen?
7. Halten Sie es für eine Folge der jahrzehntelang vom offiziellen Österreich betriebenen Politik der Verdrängung der NS-Zeit, wenn sich das Österreichische Staatsarchiv auf keinen klar formulierten gesetzlichen Auftrag stützen kann, auch die Dokumente jener Zeit zu archivieren, in der die Republik Österreich als Rechtssubjekt zwar untergegangen, immerhin aber doch als Verwaltungssprengel des "Großdeutschen Reiches" fungiert hat?